

Aktuelle Hauptstadtinfos

Woche vom 22.04. – 26.04. 2013

Unser Projekt heißt Zukunft.
Machen Sie mit.



SPD

Inhalt

1. Steuerbetrug bekämpfen
2. Deutschland 2020 - Gerecht und solidarisch
3. NPD-Verbot
4. Wirtschaftspolitik: Mittelstand stärken
5. Abgeordnetenbestechung
6. Experten-Anhörung zum Radverkehr: Ramsauer bremst



Steuerbetrug bekämpfen

Steuerbetrug ist kein Kavaliersdelikt. Unabhängig von der Person Uli Hoeneß, dessen Fall die Öffentlichkeit erst aufgerüttelt hat, muss Politik endlich massiv gegen Steuerbetrug im großen Stile vorgehen!
Wenn Reiche Geld ins Ausland schaffen und sich damit ihrer Verantwortung für das Gemeinwohl entziehen, ist das asozial!

In diesen Tagen wird sehr deutlich, wie wichtig unsere Ablehnung des Steuerabkommens mit der Schweiz war, denn sonst hätte sich der Präsident des FC Bayern München wohl nicht selbst angezeigt. Leider ist der „Fall Hoeneß“ kein Einzelfall. Wir müssen **flächendeckend Steuerhinterziehung bekämpfen.**

Das von der Bundesregierung verhandelte deutsch-schweizerische Steuerabkommen hätte Steuerbetrüger geschont und den deutschen Staat viel Geld gekostet. Finanzminister Schäuble wollte sogar die Auswertung von Steuer-CDs nicht mehr zulassen. Damit würden Merkel, Schäuble & Co. als Helfershelfer für vermögende Steuerbetrüger fungieren.

Steueroasen müssen ausgetrocknet werden, dafür brauchen wir Transparenz durch Datenaustausch und klare Regeln. Banken muss zur Not die Lizenz entzogen werden können und auch eine Verlängerung der allgemeinen Fristen für strafrechtliche Verfolgung von Steuersündern sollte geprüft werden.

*„Die Dunkelziffer bei der Steuerhinterziehung ist hoch. Der Bundesrechnungshof geht davon aus, dass dem Fiskus jährlich ein **mehrstelliger Milliardenbetrag** durch Steuerhinterziehung entgeht. Je weniger die Aufdeckung droht und je größer der Vorteil ist, desto mehr neigen Menschen dazu, sich bei den eigenen Finanzen zu schonen.“*

Präsident des Finanzgerichtstags Jürgen Brandt in Welt Online vom 25.04.13

Die strafbefreiende Selbstanzeige bei Steuerhinterziehung muss ebenfalls auf den Prüfstand und sollte allenfalls noch bei einmaligen Bagatelldfällen gelten. Wenn jedoch endlich der transparente Datenaustausch zwischen den Staaten funktioniert, ist die Selbstanzeige hinfällig.

Deutschland 2020 - Gerecht und solidarisch

Am Donnerstag brachte Peer Steinbrück unseren Antrag „Deutschland 2020 – Gerecht und solidarisch“ in 1. Lesung in den Bundestag ein ([zum Antrag „Deutschland 2020“ geht es mit einem Klick hier](#)). Er vermisse in Politik und Wirtschaft Anstand, Ehrlichkeit und Fairness, sagte er zur Lohn- und Sozialpolitik. Eine ungerechte Gesellschaft werde sich auch für Wohlhabende nicht rechnen, denn Gerechtigkeit und sozialer Ausgleich seien die Voraussetzung für wirtschaftlichen Erfolg!

- Wir brauchen eine **neue Ordnung am Arbeitsmarkt**. Wir müssen gute Arbeit und faire Löhne schaffen. Um das zu erreichen, braucht Deutschland einen flächendeckenden Mindestlohn von 8,50 Euro, eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf, gleichen Lohn für gleiche Arbeit von Männern und Frauen, mehr Frauen in Führungspositionen und auch neue Regeln für Leiharbeit und Minijobs. Und wir müssen mehr Teilhabe-Chancen für Menschen mit Behinderungen organisieren.
- Wir brauchen ein **solidarisches Miteinander der Generationen**. Wir wollen die Chancen des demografischen Wandels nutzen und ihn gestalten.
- Wir müssen **Kommunen und Regionen unterstützen**, damit sie gut für die zukünftigen Herausforderungen gewappnet sind und die Menschen sich dort zu Hause fühlen und gerne vor Ort mit ihren Familien leben.
- **Bezahlbares Wohnen** in der Sozialen Stadt muss wieder ermöglicht werden.

Wir haben in verschiedenen Projektgruppen an den Zukunftserfordernissen unserer Gesellschaft gearbeitet. Die SPD hat sich darauf verständigt, dass wir alle unsere Ziele und Maßnahmen am **Leitbild der Nachhaltigkeit** orientieren wollen um so ein Land zu gestalten, in dem die Menschen auch morgen und übermorgen noch gerne leben.

Während wir uns wichtigen Zukunftsfragen stellen, kracht es im Gebälk bei CDU/CSU:

Nach dem Drama der letzten Woche zum Thema Frauenquote, ging der interne Streit bei CDU/CSU in dieser Woche munter weiter. Die Erzkonservative Erika Steinbach twitterte am Sonntag „*Rücktritt (von der Leyens) ist fällig! Wer so seine eigene Fraktion hintergeht, hat das nötige Vertrauen eingebüßt.*“ Wir denken, dass die Frauenquote das Fass bei der CDU/CSU zum Überlaufen brachte und sich jetzt allgemeiner Unmut breit macht. Insbesondere die Konservativen leiden unter dem Abräumen ihrer Hardliner-Positionen und der Beliebigkeit von Merkel. Erst wollte sie Atomkraftwerke länger am Netz lassen, nach Fukushima gab es den Ausstieg vom Ausstieg aus dem Ausstieg. Auf dem Parteitag wurde gegen die Homo-Ehe gewettert, wenige Monate später dann doch Zustimmung und am Ende wieder die Notbremse. Parteitagsmehrheiten werden einfach ignoriert, wenn es Frau Merkel wahltaktisch richtig erscheint. Ob dabei noch eine gute Politik für Deutschland herauskommen kann, darf bezweifelt werden.

NPD-Verbot



Die NPD gehört verboten und alle Demokratinnen und Demokraten sollten sich ihr geschlossen entgegen stellen! Die Länderkammer hat bereits beschlossen, die Nationaldemokratische Partei Deutschlands (NDP) vom Bundesverfassungsgericht verbieten zu lassen. Nun wollten wir diesen Verbotsantrag auch von Seiten des Parlaments unterstützen, damit der verfassungsfeindlichen Partei und ihren Anhängern klar wird, das alle Verfassungsorgane geschlossen gegen sie stehen. Wir werden den Neonazis von der NDP den „Mantel der Legalität“ abnehmen!

Doch anstatt, dass Bund und Länder gemeinsam ein entschlossenes Signal gegen die rechtsextreme NPD setzen, hat die schwarz-gelbe Mehrheit unseren Antrag am Donnerstag im Plenum abgelehnt. Wie bereits gewohnt, waren sich die Koalitionspartner auch bei diesem wichtigen Thema nicht einig (FDP strikt dagegen, CSU dafür und CDU beliebig). Leider haben auch die Grünen bei diesem wichtigen Thema kein einheitliches Abstimmungsbild abgeliefert und unser Antrag wurde mit teilweise fadenscheinigen Begründungen abgelehnt. **Wir werden aber gemeinsam mit den Ländern weiter für ein Verbot kämpfen, denn die NPD ist eine verfassungsfeindliche Partei, die wir nicht noch mit Steuergeld sponsern wollen!** Die Mitglieder der NPD haben eine menschenfeindliche, rassistische und antisemitische Grundhaltung und sie sind eng mit der Neonazi- und rechtsextremen Szene verbunden. Ein Verbot dieser verfassungsfeindlichen Partei muss daher umgehend eingeleitet werden. Es wäre schön gewesen, wenn wir ein solches Verbotsverfahren auf eine möglichst breite demokratische Basis hätten stellen können.

Wirtschaftspolitik: Mittelstand stärken

Am Montag lud die SPD-Fraktion im Deutschen Bundestag Vertreterinnen und Vertreter der Wirtschaft zu einem Empfang auf die Fraktionsebene des Reichstagsgebäudes ein. Hier ging es unter anderem um die Stärkung des deutschen Mittelstandes, für den sich die SPD einsetzt. Denn wir haben schon lange erkannt: **Der Mittelstand ist das Rückgrat unserer Wirtschaft, auch bei uns in Nordhessen.**



Wir haben unsere Positionen in einem Antrag mit dem Titel „Bessere Politik für einen starken Mittelstand – Fachkräfte sichern, Innovationen fördern, Rahmenbedingungen verbessern“ ([zum Text des Antrages geht es hier](#)) dargelegt. Wir haben die Bundesregierung darin unter anderem aufgefordert, die Arbeitslosenversicherung zu einer Fachkräftesicherung weiterzuentwickeln. Beim Thema Fachkräfte spielen natürlich auch die Frauenerwerbsquote und die Vereinbarkeit von Familie und Beruf eine entscheidende Rolle, aber auch die Verbesserung von Transparenz und Vergleichbarkeit der Berufsabschlüsse auf europäischer Ebene.

Kurzum: Unser robuster Mittelstand ist erfolgreich trotz der Bundesregierung. Schwarz-Gelb hat viel in der Auslage, wenig geliefert und auch nichts mehr auf Lager. Bei der SPD ist der Mittelstand mit seinen Chancen und Sorgen an der richtigen Adresse. Wir wissen, dass der deutsche Mittelstand mit 30.000 forschenden und 110.000 innovativen Unternehmen das Entwicklungstempo in unserem Land vorgibt, auch bei uns in Hessens Norden.

Abgeordnetenbestechung – Bekämpfung von Korruption bei Mandatsträgern

Was haben Syrien, der Sudan, Saudi-Arabien, Nordkorea und Deutschland gemeinsam? Diese Staaten haben das UN-Antikorruptionsübereinkommen nicht umgesetzt. Keine gute Gesellschaft, in der wir uns da befinden!

Im Kern des Abkommens geht es darum, gesetzliche Regelungen gegen Korruption und Bestechlichkeit bei Politikern zu finden. In Deutschland ist bisher lediglich der Stimmenkauf und –verkauf bei Wahlen strafbar. SPD, Grüne und Linke haben daher Gesetzentwürfe zur Vermeidung von Abgeordnetenbestechung vorgelegt, die von Schwarz und Gelb abgelehnt bzw. im Rechtsausschuss durch stetige Vertagung blockiert wurden! Der SPD-Antrag ([hier geht es zum Antrag](#)) sieht vor, Mandatsträger mit Geldstrafen oder bis zu fünf Jahren Haft zu bestrafen, wenn sie einen Vorteil annehmen und sich im Gegenzug bei der Wahrnehmung ihres Mandats in einer bestimmten Weise verhalten.

Nun gibt es eine überfraktionelle Initiative, die sich dafür einsetzt, dass es noch in dieser Legislaturperiode gesetzliche Regelungen geben kann, um Abgeordnetenbestechung zu vermeiden. Die Umsetzung des Vorschlags mit dem Titel „Bekämpfung der Korruption von Mandatsträgern“ wäre ein **Gewinn für Demokratie und Toleranz. Wir unterstützen die Inhalte und Ziele des Gruppenentwurfes ausdrücklich!** Es ist an der Zeit, dass die Bestechung von Abgeordneten auch in Deutschland endlich unter Strafe gestellt wird!

Experten-Anhörung zum Radverkehr: Ramsauer bremst

Obwohl Radeln umweltfreundlich und gesund ist, wird Fahrradverkehr von der Bundesregierung immer noch als unbedeutende Größe in der Verkehrspolitik betrachtet. Die aktive Förderung des Radverkehrs funktioniert nicht mit schönen Worten, sondern muss mit klaren Fristen, Maßnahmen und vor allem Finanzen untermauert werden. **Das Fahrrad muss endlich als gleichberechtigtes Verkehrsmittel anerkannt werden, es ist daher mehr also kontraproduktiv, dass Bundesverkehrsminister Ramsauer die Mittel für den Bau von Radwegen an Bundesstraßen drastisch gekürzt hat und die Verantwortung gern auf Länder und Kommunen abwälzt.**



Bei einer Anhörung im Verkehrsausschuss stellten die Experten fest, dass der von der Bundesregierung vorgelegte Nationale Radverkehrsplan optimiert und konkretisiert werden muss. **Unser SPD-Antrag ([hier geht es zum Antrag](#)) fand dagegen bei den Experten breite Zustimmung**, weil konkrete Handlungs- und Finanzierungsschritte vorgeschlagen werden. Dazu zählt die Erhöhung der Finanzmittel für den Neubau von Radwegen an Bundesstraßen auf wieder 100 Millionen Euro jährlich, die weitere Förderung und der Ausbau vom Bund-Länder Arbeitskreis und der Fahrradakademie, sowie Punkte zur Verkehrssicherheit. Die kommunalen Spitzenverbände begrüßten besonders unsere Forderung nach Verknüpfung des Radverkehrs mit Themen der Stadtentwicklung und damit für die Realisierung einer effizienten Infrastruktur.

Mit einem Gesamtumsatzvolumen von rund 16 Milliarden Euro und rund 270.000 Beschäftigten ist die Fahrradbranche zu einem wichtigen Beschäftigungsmotor geworden und auch der sanfte Radtourismus ist ein nicht zu unterschätzender Wirtschaftsfaktor, gerade in den ländlichen Regionen. Aus unserer Sicht darf Radverkehr daher nicht länger als unbedeutende Größe in der Verkehrspolitik betrachtet werden. Radverkehr hat längst die Nische verlassen und bietet erhebliche Potentiale. Unseren Blickwinkel richten wir insbesondere auf Erhalt und Schaffung von Infrastruktur, Verkehrssicherheit, E-Mobilität und die Verknüpfung mit dem ÖPNV. Fahrradfahren soll Spaß machen und bequem sein.

Unsere Tipps:

- **Energiesparwettbewerb Klima&Co:** BP und der Zeitbild Verlag loben diesen hochdotierten Preis aus, um den sich Schulen bewerben können. Es geht um kreative Ideen zu Energiesparkonzepten. Ziel ist es, die junge Generation mit ihrem Ideenreichtum frühzeitig in die Förderung von Klimaschutz und Energieeffizienz einzubeziehen. Weitere Infos gibt es unter:

www.klima-und-co.de

- **Jakob Muth-Preis für inklusive Schule:** Schulen und Schulverbände können sich bis zum 14. Juni 2013 unter www.jakobmuthpreis.de bewerben. Gesucht werden gute Beispiele für ein gemeinsames, inklusives Lernen von behinderten und nicht behinderten Schülerinnen und Schülern.

Eine Information Eurer Bundestagsabgeordneten Edgar Franke, Ulrike Gottschalck und Ullrich Meßmer - Wir halten die Infos bewusst kurz, um Euch einen schnellen Überblick zu geben. Falls Ihr vertiefende Auskünfte zu bestimmten Themen wünscht, meldet Euch einfach!

V.i.S.d.P.:
Edgar Franke, Ulrike Gottschalck, Ullrich Meßmer
Platz der Republik 1, 11011 Berlin

Artikelbilder: fotolia